Nicht nur auf landwirtschaftlichen Versuchsflächen in Bayern werden trotz möglicher Krebsgefahren weiterhin glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel verwendet. FOTO DPA

Nicht alle bayerischen Behörden verzichten auf Glyphosat

Glyphosat ist das meistverkaufte Unkrautvernichtungsmittel der Welt. Bekannt ist es vor allem unter dem Markennamen „Roundup“ von Monsanto. Das Herbizid ist laut Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation wahrscheinlich krebserregend beim Menschen – und trägt maßgeblich zum Artensterben in der Agrarlandschaft bei. **Hans Jürgen Fahn** (Freie Wähler) hakte aus diesem Grund bei der Staatsregierung nach, in welchen staatlichen Behörden, Einrichtungen, Betrieben und öffentlichen Anlagen auf den Einsatz von glyphosathaltigen Pestiziden verzichtet wird.

Das Landwirtschaftsministerium antwortet, die Staatsbauverwaltung verzichte beim Unterhalt der von ihr verwalteten Straßen und beim staatlichen Hochbau vollständig auf den Einsatz von glyphosathaltigen Unkrautvernichter. Die Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen habe Glyphosat im August 2016 dauerhaft verboten. Regierungen, Verwaltungsgerichte, polizeiliche Liegenschaften und staatliche Feuerwehrschulen würden „im weit überwiegenden Teil“ darauf verzichten, gleiches gelte für das Landesamt für Maß und Gewicht sowie die Dienststellen der Eich- und Beschussverwaltung. Im bayerischen Justizvollzug werden ebenfalls „soweit wie möglich“ keine glyphosathaltigen und sonstigen Pflanzenschutzmittel ausgebracht.

Nicht vollständig auf Glyphosat verzichten wollen zwei bayerische Hochschulen. Welche, schreibt das Ministerium nicht. Sie „sind aber auf intensiver Suche nach geeigneten Ersatzmitteln“, heißt es in der Antwort. Die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf kann den Einsatz von Glyphosat nicht generell ausschließen, solange glyphosathaltige Produkte nicht verboten sind. Grund: Es müsse „der aktuelle Standard in Forschung und Lehre abgebildet werden“, so das Landwirtschaftsministerium.

Laut Staatsregierung hat die Landesanstalt für Landwirtschaft dieses Jahr auf eine glyphosatfreie Bewirtschaftung umgestellt. Auf den Nichtkulturlandflächen der 47 Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ÄELF) würden ebenfalls weder glyphosathaltige noch andere Unkrautvernichter angewendet. Zwei ÄELF greifen allerdings auf gärtnerisch genutzten Flächen auf ein Molluskizid zurück. Das ist ein chemisches Mittel, das Weichtiere tötet – insbesondere Schnecken. Sechs ÄELF setzen Pflanzenschutzmittel auf Versuchsflächen ein, davon fünf auch glyphosathaltige Produkte.

Die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) wird laut Landwirtschaftsministerium künftig auf die Verwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln verzichten. Gleiches gelte für das Unternehmen Bayerische Staatsforsten bei der Waldbewirtschaftung.

FW-Abgeordneter Fahn fordert, Glyphosat bundesweit zu verbieten und rasch Alternativkonzepte für die Landwirtschaft zu entwickeln. **> LOH**

NACHGEHAKT | Abgeordnete fragen, Ministerien antworten

Asylrazzien, Hasskommentare, EU-Fördermittel

Brexit bedroht Millionen von Bayerns EU-Fördermitteln

Jedes Jahr fließen Millionen von Euro im Rahmen von Förderprogrammen der Europäischen Union nach Bayern. Doch 2020 ist damit vorerst Schluss. Da durch den Austritt Großbritanniens der drittgrößte Nettozahler der Europäischen Union ausfällt, stehen die Zahlungen auf dem Prüfstand. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU) kündigte in diesem Zusammenhang Kürzungen an. Bei **Klaus Adelt** (SPD) schrillten da die Alarmglocken, denn betroffen ist vor allem der ländliche Raum. Der Abgeordnete fragte bei der Staatsregierung nach, welche Projekte in welchen Regionen des Freistaats derzeit EU-Fördermittel

Bayern erhält zwischen 2014 und 2020 knapp 460 Millionen Euro aus Brüssel, erfuhr Klaus Adelt (SPD). BSZ

erhalten.

Das Wirtschaftsministerium schreibt, zwischen 2014 und 2020 flössen fast 460 Millionen Euro im Rahmen der Struktur- und Regionalförderung in den Freistaat. Das Gros davon geht über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Projekte, die der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen und zur wirtschaftlichen Stärkung der Regionen beitragen. 358 Projekte werden bayernweit mit rund 255 Millionen Euro auf diese Weise in der aktuellen Förderperiode unterstützt. Zusätzlich wird mit 103 Millionen Euro allein auf bayerischer Seite die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit Tschechien finanziell gefördert, 54 Millionen fließen in die bayerisch-österreichische Grenzregion und knapp 40 Millionen in Richtung Alpenvorland und Bodensee. Mehr als acht Millionen Euro gehen außerdem in umweltpolitische Maßnahmen.

An ein Ende der Förderpolitik glaubt das Ministerium nicht. Auf der Konferenz zum künftigen Finanzrahmen im Januar dieses Jahres habe EU-Haushaltskommissar Oettinger zwar von Kürzungen im Bereich der Kohäsionspolitik gesprochen – diese sollen aber maßvoll ausfallen, heißt es in der Antwort. „Auf Basis dieses Sachstands geht die Staatsregierung davon aus, dass der Freistaat Bayern auch post 2020 weiterhin Teil der Kohäsionspolitik sein wird.“ SPD-Abgeordneter Adelt teilt diesen Optimismus nicht. „Tatsache ist doch, dass etwa zwölf Milliarden Euro fehlen werden und das zu Kürzungen der Fördermittel für den ländlichen Raum führen wird.“ Adelt fordert die Staatsregierung daher auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Förderausfälle zu verhindern.

Die EU fördert das Alpenvorland...

...und die Bodenseeregion mit 40 Millionen Euro. FOTOS DPA

Flüchtlingsunterkünfte: 197 Razzien in neun Monaten

Seit Januar 2017 dürfen Polizisten in Bayern verdachtsunabhängig Kontrollen in Flüchtlingsunterkünften durchführen. „Diese seither mit erheblichem Polizeiaufgebot unter Mitnahme von Hunden wiederholt durchgeführten anlasslosen Durchsuchungen des privaten Wohnumfelds von Geflüchteten sind unverhältnismäßig, belastend, integrationshemmend und diskriminierend“, schimpft **Christine Kamm** (Grüne). Sie wollte daher wissen, wie viele Razzien in Asylbewerberheimen durchgeführt wurden und inwieweit dadurch die Sicherheit verbessert werden konnte.

Laut Innenministerium gab es von Januar bis September letzten Jahres in ganz Bayern insgesamt 197 Kontrollaktionen – davon sechs in Einrichtungen für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge. Die Razzien dauerten zwischen 20 Minuten und 4,5 Stunden. 43 fanden in der Nacht nach 20 Uhr und vor 7 Uhr statt. Dabei kamen auch 65 Diensthunde zum Einsatz, die nach Drogen suchen sollten. Ein weiterer Grund für die Kontrollen ist laut Ressort von Innenminister

Seit 2017 sind in Asylunterkünften anlasslose Kontrollen erlaubt. DPA

Joachim Herrmann (CSU): Unbeteiligte in und im Umfeld von Unterkünften von Angriffen auf die Einrichtungen abhalten. Wie das genau funktionieren soll, wird nicht erläutert.

Ergebnis der 197 Begehungen: Insgesamt wurden 63 Straftaten festgestellt – darunter 24 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, 18 wegen Hausfriedensbruch und elf gegen das Aufenthaltsgesetz. „In einigen Fällen wurden bei Asylbewerbern Identitätsdokumente aufgefunden, die im Widerspruch zu den im Asylverfahren angegebenen Personalien stehen. Dies müsse noch weiter ermittelt werden. Ob dadurch Straftaten verhindert wurden, kann das Ministerium nicht sagen: „Präventivpolizeiliches Handeln und dessen Erfolg können regelmäßig nicht quantitativ gemessen werden.“

Grünen-Abgeordnete Kamm überzeugt das nicht: „Auch Träger von Jugendhilfeeinrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sehen diese anlasslosen Kontrollen als schädlich an“, schreibt sie. In Einrichtungen mit minderjährigen Flüchtlingen sei deren Identität bereits geklärt. Die Kontrollen würden das Vertrauen in die Einrichtungen untergraben, wenn man den jungen Flüchtlingen unterstelle, sie seien Illegale oder Straftäter. „Bei den jungen Geflüchteten kommen außerdem Erinnerungen an traumatisierende Erlebnisse im Herkunftsland hoch.“

Polizeirazzien mit Hunden bei minderjährigen Flüchtlingen sind „schädlich“, meint Christine Kamm (Grüne). BSZ

SPD: Wie sieht ein echter Bayer aus, Herr Söder?

Am politischen Aschermittwoch sagte Markus Söder (CSU) in der Passauer Dreiländerhalle: „Am Münchner Marienplatz trifft man selten einen echten Bayer“. **Arif Tasdelen** (SPD) wollte anlässlich dieser Äußerung wissen, wie für Söder ein echter Bayer aussieht. „Mich würde interessieren, woran Herr Söder denn einen echten Bayern erkennt. Geht er zu jedem einzelnen hin und fragt ihn? Oder ist er Hellseher und kann auch bei Leuten, die nicht unbedingt Lederhose und Dirndl tragen, wissen, dass sie nicht aus Bayern kommen?“, fragte er. Außerdem interessierte er sich dafür, ob es Söder als störend empfindet, wenn nichtbayerische Touristen in München Urlaub machen.

Die Antwort der Staatsregierung fiel knapp aus: „Touristische Besucher aus dem In- und Ausland sind in Bayern willkommen.“ Dies kommentiert Tasdelen so: „Die Staatsregierung ringt sich gerade mal einen Satz ab. Dabei ist die Antwort komplett inhaltslos. Es ist bezeichnend, irgendwie aber auch nicht überraschend, dass Herr Söder keine stichhaltige Begründung für seine unsinnige Aussage liefern kann. Er wollte mit der unsinnigen Aussage vom ‚echten Bayer am Marienplatz‘ mal wieder nur Stimmung machen.“ Das sei ziemlich „ausgschamt“, wie ein echter Bayer wohl sagen würde, so Tasdelen. Touristen geben in Bayern jedes Jahr rund 31 Milliarden Euro aus. Über 560 000 Personen im Freistaat leben vollständig vom Tourismus.

37 Millionen Touristen haben 2017 den Freistaat besucht. FOTO DPA

Hasskommentare: Polizei löscht erst nach zehn Tagen

Das Social-Media-Team des Polizeipräsidiums Oberpfalz postete im Januar auf seiner Facebookseite einen Beitrag über Angriffe auf Polizeibeamten von Ausländern. „In der Folge kam es zu einer massiven Flut an Hasskommentaren, darunter auch solche mit möglicherweise strafrechtlich relevanten Inhalten“, schreibt **Claudia Stamm** (fraktionslos). Diese Kommentare seien tagelang online gewesen und erst auf massiven Hinweis von Außen entfernt worden. Die Abgeordnete hakte daher bei der Staatsregierung nach, warum die menschenverachtenden Aussagen nicht früher gelöscht wurden.

Der Post sei auf ein „reges Interesse“ gestoßen, so das Innenministerium. „In der ersten 24 Stunden wurden bereits 4400 Likes und über 3670 Kommentare registriert.“ In Spitzenzeiten wurde bis zu 500 Mal pro Stunde kommentiert – teils auch sehr lang. Daher war es dem Polizeipräsidium Oberpfalz laut dem Ressort von Innenminister Joachim Herrmann (CSU) nicht möglich, alle „minutengleich“ zu sichten. „An dieser Stelle stößt auch eine Moderation an ihre Grenzen.“ Dennoch sei es gelungen, Kommentare mit augenscheinlich strafbarem Inhalt „zeitnah“ zu verbergen.

Stein des Anstoßes: Der Post des Polizeipräsidiums Oberpfalz. BSZ

Erst am 23. Januar – und damit zehn Tage nach dem Post – waren laut Ministerium alle Kommentare

Warum wurden menschenverachtende Aussagen nicht früher gelöscht?, fragte Claudia Stamm (fraktionslos). H. STAUDT

geprüft. Etwa 1800 Kommentare – das entspricht rund 29 Prozent – mussten verborgen werden. Knapp 150 wurden für eine eingehendere Prüfung verborgen und mittels Screenshot gesichert. „In Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Regensburg wird eine strafrechtliche Bewertung dieser Kommentare durchgeführt“, schreibt das Herrmann-Ressort. Unter den mutmaßlichen Gewalttätern war übrigens schlussendlich nur ein Ausländer, alle anderen Tatverdächtigen waren Deutsche.

> DAVID LOHMANN

Der Marienplatz, wie ihn sich Markus Söder wünscht: mit Bayer. DPA